

**Satzung
für die Freiwillige Feuerwehr in der Stadt Amberg**

vom 04. Dezember 1984

- Bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Amberg Nr. 24 vom 15. Dezember 1984 -

Die Stadt Amberg erlässt aufgrund von Art 23 Satz 1 und Art 24 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) folgende

S a t z u n g :

I.

Allgemeines

§ 1

Organisation

(1) Die Freiwillige Feuerwehr in der Stadt Amberg ist eine öffentliche Einrichtung der Stadt Amberg.

(2) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sich die Freiwillige Feuerwehr der Vereine

"Freiwillige Feuerwehr der Stadt Amberg e.V.",

"Freiwillige Feuerwehr Ammersricht - Stadt Amberg",

"Freiwillige Feuerwehr Gailoh - Stadt Amberg",

"Freiwillige Feuerwehr Karmensölden - Stadt Amberg",

"Freiwillige Feuerwehr Raigering - Stadt Amberg".

Diese stellen die Feuerwehrdienstleistenden, soweit damit eine ausreichende Stärke der Freiwilligen Feuerwehr gewährleistet ist.

§ 2

Freiwillige Leistungen

- (1) Die Freiwillige Feuerwehr kann aufgrund dieser Satzung insbesondere folgende freiwillige Leistungen erbringen:
1. Hilfeleistungen, die nicht zu ihren gesetzlichen Aufgaben gehören (z.B.- jeweils auf Antrag des Eigentümers oder Nutzungsberechtigten - das Stellen von Wachen nach dem Ende der Brandgefahr oder das Abräumen von Schadensstellen, soweit es nicht zur Abwehr weiterer Gefahren notwendig ist),
 2. Überlassung von Gerät oder Material zum Gebrauch oder Verbrauch,
 3. Leistungen der Atemschutzwerkstätte,
 4. Leistungen der Schlauchwerkstätte,
 5. Leistungen der Funkwerkstätte (für Funkgeräte von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben),
 6. Leistungen der Kraftfahrzeugwerkstätte (für feuerwehrtechnische Geräte),
 7. Bereitstellung der Atemschutzübungsstrecke,
 8. Inanspruchnahme von Personal mit Geräten und Ausrüstungsgegenständen.
- (2) Voraussetzung freiwilliger Leistungen ist, dass die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird. Auf die Gewährung freiwilliger Leistungen besteht kein Rechtsanspruch.
- (3) Über die Gewährung von Leistungen im Sinne von Absatz 1 Ziffer 1 und 2 entscheidet der Kommandant der um Hilfeleistungen ersuchten Freiwilligen Feuerwehr, soweit die Leistungen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Einsatz der Feuerwehr erbracht werden. Im übrigen entscheidet der Oberbürgermeister.
- (4) Die Freiwillige Feuerwehr kann durch privatrechtliche Regelungen den Anschluss von Privatfeuermeldern und Brand-Nebenmeldeanlagen Dritter an die ständig erreichbare Feuerwehr-Einsatzzentrale zulassen.
- (5) Die Stadt Amberg kann der Freiwilligen Feuerwehr die Übernahme von Alarmierungsaufgaben für andere Gemeinden übertragen.

II.

Personal

§ 3

Stadtbrandrat

- (1) Die Aufgaben des Stadtbrandrats werden vom Kommandanten der "Freiwilligen Feuerwehr Amberg e.V." übernommen.
- (2) Zur Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten lädt der Stadtbrandrat die übrigen Kommandanten bei Bedarf, mindestens jedoch jährlich, zu einer gemeinsamen Sitzung ein.

§ 4

Wahl des Kommandanten

- (1) Die Wahl des jeweiligen Kommandanten findet im Rahmen einer Dienstversammlung statt. Der Oberbürgermeister lädt hierzu die Feuerwehrdienstleistenden der jeweiligen Freiwilligen Feuerwehr mindestens zwei Wochen vor dem Wahltag ein.
- (2) Der Oberbürgermeister oder ein Stellvertreter oder Beauftragter (Art 39 GO) leitet die Wahl. Ihm stehen zwei von der Versammlung durch Zuruf bestimmte Beisitzer zur Seite. Werden mehr als zwei Personen durch Zuruf vorgeschlagen, findet eine Wahl zwischen den vorgeschlagenen Personen statt. Der Wahlleiter und die Beisitzer bilden den Wahlausschuss. Wer selbst Wahlbewerber ist, kann nicht Mitglied des Wahlausschusses sein. Der Wahlausschuss wird daher erst nach Abgabe der Wahlvorschläge gebildet.
- (3) Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Stellvertretung ist nicht zulässig.
- (4) Der Wahlleiter erläutert die Grundsätze des Wahlverfahrens.

1. Wahlvorschläge, Schriftlichkeit der Wahl

Die Wahlberechtigten schlagen wählbare Teilnehmer schriftlich oder durch Zuruf der Wahlversammlung zur Wahl vor. Der Wahlleiter nennt die Vorgeschlagenen und befragt sie, ob sie sich der Wahl stellen wollen. Die Vorschläge können mündlich begründet werden; über sie kann auch eine Aussprache stattfinden. Sie wird geschlossen, wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen oder wenn die Versammlung mit Mehrheit der Wahlberechtigten den Schluss der Aussprache beschließt.

Die Wahl wird schriftlich mit Stimmzetteln durchgeführt; diese dürfen kein äußerliches Kennzeichen tragen, das sie von den im gleichen Wahlgang verwendeten Stimmzetteln unterscheidet. Der Wahlleiter lässt auf die Stimmzettel die Namen der wählbaren und zur Kandidatur bereiten Bewerber setzen. Wird kein Bewerber zur Wahl vorgeschlagen, so wird die Wahl ohne Bindung an einen Bewerber durchgeführt.

2. Wahlgang, Stimmabgabe

Die Wahl ist geheim; die Möglichkeit geheimer Stimmabgabe ist vom Wahlleiter sicherzustellen. Gewählt wird durch Ankreuzen der im Stimmzettel angeführten Bewerber. Steht nur ein Bewerber zur Wahl, so kann dadurch gewählt werden, dass der Wahlvorschlag in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise z. B. mit "Ja" oder "Nein" oder mit Durchstreichen des Namens des Bewerbers gekennzeichnet oder dass der Stimmzettel unverändert abgegeben wird. Wird der aufgeführte Bewerber durchgestrichen, so kann auch ein nicht zur Wahl vorgeschlagener wählbarer Feuerwehrdienstleistender durch handschriftliche Eintragung seines Namens gewählt werden.

Der Wahlberechtigte hat den ausgefüllten Stimmzettel zusammenzufalten und dem Wahlleiter oder dem von diesem bestimmten Beisitzer zu übergeben. Der Wahlausschuss prüft die Stimmberechtigung des Abstimmenden. Bei Bedarf hat die Stadt hierzu vor der Wahl eine Wählerliste anzulegen. Wird die Stimmberechtigung anerkannt, so ist der Stimmzettel in einen Behälter zu legen. Der Wahlausschuss prüft vor Beginn des Wahlgangs, ob der Behälter leer ist. Wird der Stimmberechtigung eines Anwesenden widersprochen, entscheidet der Wahlausschuss.

3. Feststellung des Wahlergebnisses, Losentscheid

Nach Abschluss der Wahl prüft der Wahlausschuss den Inhalt der Stimmzettel, zählt sie aus und stellt das Wahlergebnis fest. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Leere Stimmzettel sind ungültig, es sei denn, es stand nur ein Bewerber zur Wahl. Erhält kein Bewerber diese Mehrheit, so findet eine Stichwahl unter den zwei Bewerbern statt, die bei der ersten Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Bei Stimmgleichheit von mehr als zwei Bewerbern entscheidet das Los darüber, wer in die Stichwahl kommt. Die Wahl wird auch wiederholt, wenn nur ein oder kein Bewerber zur Wahl vorgeschlagen war und kein Feuerwehrdienstleistender mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Bei der Stichwahl ist der Bewerber gewählt, der von den gültig abgegebenen Stimmen die höchste Stimmenzahl erhält. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los, das der Wahlleiter sofort nach Feststellung des Ergebnisses der Stichwahl in der Versammlung ziehen lässt.

4. Wahlannahme

Nach der Wahl befragt der Wahlleiter den Gewählten, ob er die Wahl annimmt. Lehnt er ab, ist die Wahl zu wiederholen.

- (5) Der Wahlleiter lässt über die Wahl, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Wahlannahme eine Niederschrift fertigen, die er und die Beisitzer unterzeichnen.
- (6) Die Absätze 1 bis 5 gelten für die Wahl des Stellvertreters des Feuerwehrkommandanten entsprechend.

§ 5**Verpflichtung**

Der Kommandant verpflichtet neu aufgenommene ehrenamtliche Feuerwehrdienstleistende durch Handschlag zur Erfüllung ihrer Pflichten nach den für die Feuerwehren geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Er soll ihnen eine Satzung für die Freiwillige Feuerwehr überreichen.

§ 6**Übertragung besonderer Aufgaben**

Zur Erfüllung besonderer Aufgaben sind geeignete Feuerwehrdienstleistende zu bestellen (z.B. Jugendwart, Gerätewart usw.). Für die Bestellung ehrenamtlicher Feuerwehrdienstleistender ist der Kommandant zuständig.

§ 7**Persönliche Ausstattung**

Die Feuerwehrdienstleistenden haben die empfangene persönliche Ausstattung pfleglich zu behandeln und nach dem Ausscheiden aus dem Feuerwehrdienst zurückzugeben. Für verloren gegangene oder durch außerdienstlichen Gebrauch beschädigte oder unbrauchbar gewordene Teile der Ausstattung kann die Stadt Amberg Ersatz verlangen.

§ 8**Anzeigepflichten bei Schäden**

Feuerwehrdienstleistende haben dem Kommandanten

- im Dienst erlittene (eigene) Körper- und Sachschäden,
- Verluste oder Schäden an der persönlichen Ausstattung oder der sonstigen Ausrüstung der Feuerwehr

unverzüglich zu melden.

Soweit Ansprüche für oder gegen die Stadt Amberg in Frage kommen, hat der Kommandant unverzüglich die Meldung über den Stadtbrandrat an die Stadtverwaltung weiterzuleiten. Bei Unfällen mit Todesfolge oder bei schwereren Verletzungen hat die Unterrichtung sofort zu erfolgen.

§ 9

Dienstverhinderung

Von der gesetzlichen Verpflichtung zur Leistung des Feuerwehrdienstes (Art 6 Abs. 1 Satz 2 BayFwG) sind Feuerwehrdienstleistende nur befreit, soweit sie vorrangigen rechtlichen Pflichten nachkommen müssen oder dringende wirtschaftliche oder persönliche Gründe dies rechtfertigen. Für das Fernbleiben von Ausbildungsveranstaltungen in diesen Fällen haben sich Feuerwehrdienstleistende vor der Veranstaltung beim Kommandanten zu entschuldigen. Im übrigen haben Feuerwehrdienstleistende dem Kommandanten Mitteilung zu machen, wenn sie länger als fünf Wochen vom Wohnort abwesend oder durch andere Umstände an der Ausübung des Feuerwehrdienstes gehindert sein werden. Ein Wechsel des Wohnortes oder des ständigen Aufenthaltes ist in jedem Fall zu melden.

§ 10

Pflichtverletzung

Der Kommandant kann Verletzungen von Dienstpflichten durch folgende Maßnahmen ahnden:

mündlicher oder schriftlicher Verweis,

Androhung des Ausschlusses,

Ausschluss (Art 6 Abs. 3 Satz 2 BayFwG).

§ 11

Ausscheiden aus dem Feuerwehrdienst

- (1) Der Feuerwehrdienst endet unbeschadet der gesetzlichen Regelungen
 - a) durch Austritt,
 - b) bei Beendigung der Mitgliedschaft in einem Verein nach § 1 Abs. 2
 - c) durch Ausschluss.
- (2) Der Austritt aus der Freiwilligen Feuerwehr ist dem Kommandanten gegenüber schriftlich zu erklären.
- (3) Der Feuerwehrkommandant hat einem Feuerwehrdienstleistenden, den er gemäß Art 6 Abs. 3 Satz 2 BayFwG wegen gröblicher Verletzung seiner Dienstpflichten vom Feuerwehrdienst ausschließen will, Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern.

- (4) Eine gröbliche Verletzung von Dienstpflichten ist insbesondere gegeben bei
- unehrenhaftem Verhalten im Dienst,
 - grobem Vergehen gegen Kameraden im Dienst,
 - fortgesetzter Nachlässigkeit oder Nichtbefolgen dienstlicher Anordnungen, Trunkenheit im Dienst,
 - Aufhetzen zum Nichtbeachten von Anordnungen,
 - dienstwidriger Benutzung oder mutwilliger Beschädigung von Dienstkleidung, Geräten oder sonstigen Ausrüstungsgegenständen der Feuerwehr.
- (5) Der Feuerwehrkommandant hat dem Ausgeschlossenen den Ausschluss schriftlich zu erklären.

§ 12

Hauptamtliche Feuerwehrdienstleistende

Die Rechte und Pflichten der hauptamtlichen Feuerwehrdienstleistenden aufgrund ihres Dienst- bzw. Arbeitsverhältnisses bleiben unberührt.

III.

Besondere Pflichten des Kommandanten

§ 13

Dienst- und Ausbildungsplan

- (1) Der Kommandant stellt mindestens jährlich einen Dienst- und Ausbildungsplan auf. In dem Plan ist für jeden Monat mindestens eine Übung oder ein Unterricht vorzusehen. Zu den Übungen können auch geeignete Sportveranstaltungen der Feuerwehr gehören.
- (2) Der Dienst- und Ausbildungsplan ist über den Stadtbrandrat dem Oberbürgermeister vorzulegen.

§ 14

Dienstreisen

Der Kommandant hat dafür zu sorgen, dass vor Dienstreisen von Feuerwehrdienstleistenden die Genehmigung des Oberbürgermeisters eingeholt wird (vgl. auch Art 8 Abs. 1 Satz 3 BayFwG). Er hat auch für seine Dienstreisen die Genehmigung des Oberbürgermeisters einzuholen.

§ 15

Jahresbericht

- (1) Der Kommandant unterrichtet den Oberbürgermeister zum Ende eines Kalenderjahres über den Personalstand der Freiwilligen Feuerwehr. Neu eingetretene oder aus dem Feuerwehrdienst ausgeschiedene Mitglieder sind namentlich mitzuteilen. In dem Bericht ist die Anzahl der Mannschafts- und Führungsdienstgrade und der Feuerwehrdienstleistenden anzugeben, die über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten (vgl. Art 11 Abs. 1 Satz 2 BayFwG).

Soweit der Oberbürgermeister nicht über einzelne Einsätze unterrichtet wird, ist im Jahresbericht auch eine Übersicht über die Einsätze des abgelaufenen Jahres zu geben.

- (2) Die Unterrichtungspflichten gemäß Art 6 Abs. 3 Satz 2 BayFwG, § 7 Satz 2 und 3 sowie § 11 Abs. 2 dieser Satzung bleiben unberührt.

IV.

§ 16

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

